Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 3

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kuba und UdSSR: Politik und Wirtschaft

In Kuba ist eine «parteifeindliche Gruppe» von Funktionären verhaftet worden, denen unter anderem vorgeworfen wird, antikubanische Literatur aus der Sowjetunion verbreitet zu haben. Kuba hat seine Weigerung bekanntgegeben, an der kommunistischen Weltkonferenz teilzunehmen. Aber diesen politischen Demonstrationen steht eine Tatsache gegenüber, die von Gewicht ist: die ökonomische Abhängigkeit des Landes von der Sowjetunion. Wenn Kuba seine wirtschaftlichen Emanzipationspläne verwirklichen will, ist es in der nächsten Zukunft sogar noch vermehrt auf die Hilfe der UdSSR angewiesen.

Der kubanische Perspektivplan 1964 bis 1970 legt zur Entwicklung der Volkswirtschaft das Gewicht zunächst auf die anhaltende Steigerung der Zuckerproduktion und dann auf die weitere Entwicklung der Viehwirtschaft.

Seit der Verstaatlichung oder Kollektivierung von Industrie und Landwirtschaft kann sich die kubanische Wirtschaft nur dank der massiven Unterstützung der sozialistischen Staaten über Wasser halten. Der überwiegende Teil dieser Bürde lastet auf der Sowjetunion, die für ihre kompletten Fabriken, Maschinen und Installationen von Kuba nur Zucker erhalten kann, ein Produkt, von dem sie selbst genügende Mengen erzeugt. Im Jahre 1966 betrug die sowjetische Zuckerproduktion 9,7 Millionen Tonnen, wovon 1,4 Millionen Tonnen aus kubanischem Rohzucker erzeugt wurden. Auch die übrigen sozialistischen Staaten Osteuropas mussten kubanischen Rohzucker importieren, obwohl sie selber bedeutende Zuckerproduzenten sind und zur Verarbeitung ihrer neuen Einfuhr Spezialfabriken errichten mussten.

Laufend aktiv ist ferner die sowjetische Handelsbilanz mit Kuba. Ihr Ueberhang zugunsten der UdSSR wird von Jahr zu Jahr grösser. Wenn Kuba nun auch als Kaffee-Exporteur auf dem Weltmarkt erscheint, wird auch die Sowjetunion gewisse Mengen übernehmen müssen, was ihre Aufnahmefähigkeit gegenüber der Kaffeeproduktion anderer Entwicklungsländer vermindert. Im Jahre 1966 beliefen sich die sowjetischen Kaffeeimporte auf 26 800 Tonnen.

Der Zucker bleibt indessen das wichtigste kubanische Produkt. Auf ihm beruht sozusagen die gesamte Wirtschaft des Landes. Die Erzeugung stieg von 4,6 Millionen Tonnen für 1964 auf 6,1 Millionen Tonnen für 1967. Der Anteil des Zuckers am Gesamtexport des Landes beträgt nicht weniger als 85 Prozent.

Nun soll die Produktionsmenge an Zucker bis 1970 bereits 10 Millionen Tonnen erreichen. Diese Steigerung will man durch Erweiterung der Anbauflächen, die Anwendung von Mineraldünger und die zunehmende Mechanisierung der Erntearbeiten erreichen. Damit stellt sich die Frage nach dem Verkauf dieser beträchtlichen Mehrproduktion. Bedeutendster Abnehmer bleibt jedenfalls die Sowjetunion. Ihre Einfuhrmengen waren in den letzten Jahren gewissen Schwankungen unterworfen: 1,5 Millionen für 1960, 1,9 Millionen für 1964, 2,3 Millionen für 1965 und 1,8 Millionen für 1966.

Zur Entwicklung der Zuckerindustrie gewährte die Sowjetunion im September 1965 Kuba einen Kredit von 77 Millionen Peso. Ferner verpflichtete sie sich zu einem Beitrag für die Rekonstruktion von 60 Zuckerfabriken. Mitte 1967 wurde ein neues Abkommen zwischen den beiden Ländern unterzeichnet, das die Rekonstruktion der kubanischen Zuckerindustrie (unter anderem von 54 weiteren Zuckerfabriken) vorsieht.

Eine andere wichtige Richtung der landwirtschaftlichen Entwicklung ist die Steigerung der Viehwirtschaft. Zu diesem Zweck werden Massnahmen zur Verbesserung der Rinderrassen durchgeführt und die Futtermittelproduktion gefördert. Im allgemeinen versucht man von der bisherigen Monokultur von Zucker abzugehen und wenigstens ansatzweise zu einer Polykultur von Erzeugnissen wie Getreide, Tabak, Frühgemüse usw. überzugehen.

Besondere Aufmerksamkeit wird hier der Produktion von Kaffee gewidmet. Für 1967 erwartet man eine Jahreserzeugung von 100 000 Tonnen. Eine grosse Rolle spielt dabei die erhöhte Verwendung von Düngemitteln auf den Kaffeeplantagen. Im laufenden Jahr soll sich die Zahl der Kaffeebäume verdoppeln, womit sich der bisherige Import erübrigt und der Export beginnen kann, der in den kommenden Jahren erheblich zu steigern wäre.

Im Jahre 1959 hatten die kubanischen Wälder einschliesslich der Schonungen einen Raum von 1,7 Millionen Hektaren, das heisst rund 15 % des Landesterrritoriums, eingenommen. Davon lieferten nur 0,5 Millionen Hektaren Nutzholz. Aus diesem Grund musste zwischen 1961 und 1965 Schnittholz im Werte von 96 Millionen Peso eingeführt werden, woran sich die UdSSR mit 46 Millionen Peso (48 Prozent) beteiligte. (Im Jahre 1966 importierte Kuba für 16,6 Millionen Peso Schnittholz aus der Sowjetunion.) Von 1959 bis 1966 wurden 300 Millionen Bäume auf einer Fläche von mehr als 150 000 Hektar angepflanzt.

Chinesenguerillas in Burma

Mehrere Hundert Chinesen sollen in letzter Zeit illegal nach Burma gekommen sein, um dort die bestehenden Rebellengruppen zu unterstützen.

Ein solcher Schritt der Maoisten war bereits seit Mitte vorigen Jahres erwartet worden, als sich die bisher guten Beziehungen zwischen der burmesischen Regierung General Ne Wins und Peking rapid verschlechtert hatten. Nach den antichinesischen Ausschreitungen in Rangun hatte das Zentralkomitee der KP Chinas offiziell «zum Sturz der reaktionären Ne-Win-Regierung» aufgerufen. In der burmesischen Hauptstadt wird erwartet, dass sich die eingeschleusten Chinesen mit den Kachin-Rebellen in Oberburma, mit dem ebenfalls aufständischen Volksstamm der Shan und den Kommunisten der «Weissen Flagge» in Verbindung setzen werden. Die «Weisse Flagge» ist die illegale Kampforganisation der pekingtreuen KP Burmas. Man befürchtet in Rangun, dass die chinesischen Emissäre versuchen könnten, alle unzufriedenen und aufständischen Elemente in Burma zu einer revolutionären Volksfront zusammenzufassen. Eine «Nationaldemokratische Einheitsfront» (National Democratic United Front) wurde bereits von der «Weissen Flagge» proklamiert.

«Schwimmendes Kaufhaus»

Die Magdeburger Schiffswerft «Edgar André» (DDR) entwickelt gegenwärtig ein «schwimmendes Kaufhaus» für die sowjetischen Ströme. Das Motorgüterversorgungsschiff soll Verkaufsräume für Lebensmittel, Gemüse, Fleisch- und Fischwaren sowie Industriewaren erhalten. Ein Vertrag für die Lieferung von 13 «schwimmenden Kaufhäusern» in die Sowjetunion wurde bereits im Dezember zwischen der Werft und der Sowjetunion unterzeichnet.

Ausserdem werden auf der Werft bis 1970 auf Grund eines anderen Vertrages 34 Hochseeschlepper eines neuen Typs für die sowjetische Fischerei- und Binnenflotte gebaut. Der Seeschlepper besitzt die höchste Qualifizierungsstufe für den Einsatz auf allen Gewässern.

Albanien versetzt Stalin

Das hochragende Denkmal Stalins, das seit Kriegsende den Hauptplatz der albanischen Hauptstadt Tirana beherrscht, ist durch ein grosses Reiterdenkmal ersetzt worden, das den albanischen Nationalhelden aus dem 15. Jahrhundert, George Castriata-Scanderberg, darstellt.

Das neue Denkmal wurde am 11. Januar aus Anlass der einwöchigen Feierlichkeiten des Todestages Scanderbergs am 17. Januar 1468 enthüllt. Hierin ist ein weiterer Schritt in Richtung des wiedererstarkenden Nationalstolzes der Albaner zu sehen; die Veränderung bedeutet jedoch keineswegs eine Herabminderung des Ansehens der Bedeutung Stalins in diesem Lande.

Das Stalin-Denkmal hat nunmehr auf einem «prominenten Platz» der Stadt eine Bleibe gefunden, wie es die albanische Presse bezeichnet, und zwar steht es jetzt neben einem Denkmal Lenins. Der albanische Parteiführer Enver Hodsha und seine Partei fördern seit einiger Zeit die Vorstellung, dass ihr Ringen um Albanien mit den 25-jährigen Bemühungen Scanderbergs zu vergleichen seien, der die türkischen Eindringlinge zu verjagen trachtete. Das neue Reiterstandbild wird künftig dazu dienen, diese Vorstellungen sichtbar zu machen.

Ungarischer «Spezialtourismus»

Als Abwandlung des Ulbrichtschen Beispieles, wonach die Bundesrepublik die Freiheit ostdeutscher politischer Häftlinge in D-Mark erkaufen konnte, bietet nunmehr auch das artverwandte Kadar-Regime den Umtausch von Wiedersehensfreuden mit ungarischen Verwandten oder Freunden im Westen für kapitalistische Devisen an.

«Magyar Hirek», die Zeitschrift für Auslandsungarn, ruft dieselben (insofern sie über Dollar, D-Mark, Schweizer Franken oder Schilling verfügen) auf, die kommenden Ferien ihrer ungarischen Angehörigen zum voraus auf das IBUSZ-Arrangement-Konto einzuzahlen. Darüber schweigt allerdings die Chronik, dass diese Kurse dreimal so hoch erscheinen als die westlichen Notierungen, dass die Preise im Vergleich zu den Leistungen astronomisch berechnet sind, und dass der zahlende «Westler» keine wie immer geartete Gewähr dafür hat, dass seine Gäste tatsächlich auch die ungarische Ausreisebewilligung erhalten. Der Ex-Innenhandelsminister und frisch gebakkene IBUSZ- (Staatsreisebüro) Chef, Janos Tausz, hat bei seiner Werbekampagne um harte Währungen, erstaunlicherweise die neuerliche Budapester Pass-Politik nicht einkalkuliert, bzw. diesen Passivposten tunlichst verschwiegen.

Seit 1966 wurde nämlich für Jugendliche bis zu 24 (Staatsinteressen ausgenommen) ein generelles Ausreiseverbot erlassen, zwischen 24 und 50 gilt dasselbe für Alleinstehende, diplomierte Personen und erst recht für geschlossene Familien. Im Prinzip wurden Westreisen auf Einladung bloss alle zwei Jahre und mit Devisenzuteilung bloss alle drei Jahre einmal bewilligt. In Ermangelung eines ungarischen Passgesetzes (die CSSR hat eines 1965 erlassen, und respektiert es auch im grossen und ganzen), ist der politisch-polizeilichen Willkür Tür und Tor geöffnet. Natürlich auch der stupidesten Denunziation, die erfahrungsgemäss manche Ausreisen an der ungarischen Westgrenze, in letzter Minute unwiderruflich und unentschädigt, scheitern liess. All diese Aspekte werden von der IBUSZ-Werbung in keiner Weise erläutert.

Ebenso verschleiert bleibt die Frage der sogenannten «Besucherpässe», die nunmehr statt 1000 Forint «bloss» 600 Forint kosten sollen. Diese Dokumente wurden in der Vergangenheit Ungarn ausgestellt, deren westliche Verwandte ohnehin den gesamten Aufenthalt zahlten, auch die Eisenbahnkarte ab ungarischer Landesgrenze. Bekommt nunmehr jemand, dem der Besucher-

pass verweigert wird, eine Ausreisebewilligung, falls der einladende «Westler» anstelle dessen, das gesamte IBUSZ-Arrangement in Devisen einzahlt und dadurch das Kadar-Regime verdienen lässt? Mit wem und auf welche Weise sind derartige «West-Ferien» auszuhandeln und inwiefern vermag sich die IBUSZ zur Einhaltung von normalen Praktiken zu verpflichten? Vor allem, wie lange dauert eine derartige Prozedur, nachdem während des vergangenen Sommers sogar die ungarischen Gesuche für Jugoslawien-Reisen über die dreiwöchige Erledigungsfrist hinaus mit 3—5 Wochen Verspätung beantwortet worden sind?

Meistens negativ, da Kadars Passbeamte Titos Land als «beinahe westlich» bezeichneten und die illegale Verspätung mit dem Hinweis auf «Arbeitsüberlastung» abgetan haben, ohne dass Ungarns Reisepublikum auch nur irgend einen Paragraphen gegen die Beamten hätte geltend machen können. In Ermangelung diesbezüglicher präziser, offizieller Hinweise ist der Sommerfahrplan des Kadar-Regimes mit der gebotenen Skepsis zu betrachten. Besonders in westlicher Richtung, da die Rückerstattung allenfalls eingezahlter Devisen — wie es die Praxis 1966/1967 bereits gelehrt hat — meistens bloss nach Abzug entsprechend hoher Verwaltungsspesen und mit grosser Verspätung erfolgt. Bezeichnenderweise ist Ungarn — ausser Polen und der DDR — das einzige Ostblockland mit derartigen Aus- und Einreise-Usancen. Für «Westler» haben Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien die Visumpflicht abgeschafft, und die Tschechoslowakei verlangt eine bescheidene Tageswechselquote von 3 US-Dollar, wobei dem Besucher freisteht, darüber hinaus zu machen, was ihm beliebt.

Neue Pharmazeutika

In Ungarn hat die pharmazeutische Industrie ein neues Medikament zur Auflösung der Nierensteine entwickelt, mit dem bei klinischen Versuchen gute Erfolge erzielt worden sind. Demnächst soll die reguläre Produktion und bald auch der Export des neuen Produktes beginnen. Ferner ist in Ungarn ein chirurgischer Kunststoff erfunden worden, den der Körper nach einer gewissen Zeit verarbeiten kann. Das neue Material soll vor allem bei Leber- und Gallenoperationen gute Dienste leisten.

Das neue Medikament zur Auflösung der Nierensteine soll unter dem Namen «Calcuren» in Vertrieb gesetzt werden. Entwickelt wurde es von Chemikern der pharmazeutischen Fabrik «Chinoin» (Budapest) auf der urologischen Abteilung der medizinischen Fakultät in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. A. Babics.

Nach seiner Darstellung vermag das neue Mittel Nierensteine, welche Kalzium-Oxalat enthalten, aufzulösen, respektive deren Bildung zu verhindern. Diese Zusammensetzung weisen mehr als die Hälfte aller Nierensteine auf. Das Präparat, das fehlende Stoffe des Organismus ersetzt, steht vorläufig noch in Erprobung. Die bisherigen klinischen Versuche lassen eine erfolgreiche Chemotherapie erwarten.

Der chirurgische Kunststoff «Bioplast» ist von Prof. Mihaly Gerendas entwickelt worden und findet in klinischen Versuchen zunehmende Verwendung. Das neue Material wird aus Fibrin hergestellt, das aus Blutplasma erzeugt wird. Da «Bioplast» dem Organismus nicht fremd ist, weicht er von den andern in der Chirurgie bisher benützten Stoffen durch seine entscheidende Eigenschaft ab: er wird nach einer bestimmten Zeit vom Körper aufgesaugt.

Die Herstellungsweise des «Bioplasts» bestimmt, wie lange er im Organismus nachweisbar ist. Die bisherigen Versuche an Tieren zeigen, dass «Bioplast» von den Zellen zersetzt und sein Platz von neuem Körperstoff ersetzt wird. Ein grosser Vorteil des «Bioplasts» liegt darin, dass infolge seiner Form bei den verletzten Organen auch die Richtung der Zellenregeneration bestimmt werden kann.

Erdölvorkommen in Kroatien

Im nordwestlichen Jugoslawien wurden in der Nähe der ungarischen Grenze neue Erdölvorkommen entdeckt. Damit erhält die Erdölförderung des Landes weitere Erschliessungsmöglichkeiten, nachdem sie schon in den letzten sechs Jahren eine beachtenswerte Entwicklung aufweisen konnte: die Jahresproduktion erhöhte sich von 944 000 Tonnen für 1960 auf 2,2 Millionen Tonnen 1966.

Die ersten nordkroatischen Rohöllager waren 1963 etwa 12 km nordöstlich von Bjelovar entdeckt worden. Die seitdem durchgeführten Forschungen lassen ein Vorkommen von 6 Millionen Tonnen Erdöl vermuten. Das ölhaltige Gebiet zwischen Sandrova und Mischulinova wird jetzt zunächst im Probebetrieb erschlossen. Vorgesehen ist eine jährliche Oelgewinnung von 250 000 Tonnen aus 150 Bohrlöchern mit sechs Sammelstellen. Bei Sandrovac wird eine vollautomatische Anlage von der Oelgewinnung bis zur Verarbeitung zum Endprodukt entstehen. Die Projektbearbeitung liegt bei Naftalina, einem Betrieb der INA (Industrija Nafte), Zagreb. Rund 90 Prozent der Ausrüstungen stammen aus jugoslawischer Produktion.

Kühlschränke aus Migs?

Laut der Moskauer Wirtschaftszeitschrift «Ekonomitscheskaja Gasjeta» hat die sowjetische Luftfahrtindustrie einige ihrer Werke zur Erzeugung von 411 verschiedenen Typen von Konsumgütern zur Verfügung gestellt, einschliesslich Waschmaschinen, Staubsauger, Kühlschränke und Plattenspieler.

Die für 1968 geplante Produktion schliesst 300 000 Kühlschränke ein, 240 000 Waschmaschinen, 585 000 Staubsauger sowie 65 000 Plattenspieler. Die Gesamterzeugung liegt etwas unter 10 Prozent der sowjetischen Produktion. Ein Teil der sowjetischen Flugmotorenindustrie steht ebenfalls dem zivilen Sektor zur Verfügung. Diese Werke produzieren gegenwärtig einen 75-PS-Automotor, der wahrscheinlich für den Moskwitsch 408 (gegenwärtig mit einem 60,5-PS-Motor ausgerüstet) vorgesehen ist. Die Produktion von Moskwitsch-Wagen soll von gegenwärtig 90 000 Einheiten jährlich auf 300 000 im Jahre 1970 gesteigert werden.

Polens Bettler

Eine polnische Zeitung hat eine Kampagne zugunsten von mittellosen betagten Bürgern eingeleitet, weil sie bittere Not leiden. Sie beziehen nämlich keine Rente und haben auch niemand, der für sie sorgt.

Diese Notleidenden, die man in Warschau täglich entweder im Hauptbahnhof oder im Gerichtsgebäude in der Swierczewskistrasse erblicken kann, sind Opfer jenes polnischen Gesetzes, das vorschreibt, dass Renten nur den Personen zustehen, die mindestens 20 Jahre in der sozialisierten Wirtschaft des Landes gearbeitet haben (für Männer ab 65, für Frauen ab 60). Zwar betrifft dieses Gesetz nur relativ wenige Personen, da die meisten alten Leute Söhne, Töchter oder andere Verwandte haben, die für sie sorgen.

Bauern zählen in erster Linie zu denen, die betroffen sind (etwa 87 Prozent des Ackerlandes befinden sich in privater Hand), aber auch Besitzer kleinerer Lokale usw. gehören dazu. Dieser Menschen hat sich jetzt die Zeitung «Kierunki» angenommen, die Wochenschrift der prokommunistischen katholischen Pax-Organisation.

«Kierunki» wusste von einem «halbnackten» alten Mann zu berichten, der so heruntergekommen war, dass er sich weder an seinen Namen noch an seinen Geburtsort entsann. Er schlug sich durch, indem er die meiste Zeit des Tages in den geheizten Korridoren des Gerichtsgebäudes verbrachte und sich von Speiseresten im Lokal des Hauptbahnhofs ernährte. Nach der Schliessung des Gerichtsgebäudes am Nachmittag sei der alte Mann immer zum Bahnhof gegangen, um zu schlafen. Dort sei er schliesslich von der Polizei aufgegriffen worden, die sich damit an ihre Bestimmungen gehalten habe.

Der Polizeibeamte, der «Kierunki» über diesen Fall berichtete, teilte mit, dass im Winter bis 30 solcher Fälle täglich aktenkundig würden. Dies stelle die Polizei vor ein schweres Problem, da diese Fälle in die «Hunderte, wenn nicht gar Tausende» gingen. «Falls man diese Leute wieder auf die Strasse schickt, so bedeutet das häufig ein Todesurteil, obgleich die Bestimmungen damit befolgt werden. Im Fall des erwähnten alten Mannes hätte man ihn auch an das Sozialamt weiterschicken können, von dem er ein Paar Stiefel und eine Fahrkarte in seinen Heimatort erhalten hätte. Es war nicht möglich, weil er weder diesen noch seinen eigenen Namen kannte. Ausserdem hatte er keine Papiere.

Im vorliegenden Fall sei der alte Mann unter den verschiedensten Vorwänden für fast eine Woche auf dem Polizeirevier geblieben, habe vernünftiges Essen und ein warmes Bett erhalten. Schliesslich sei es den Polizisten gelungen, ihn in einem Krankenhaus unterzubringen, wo seine angegriffene Gesundheit wieder hergestellt wurde. Dann habe man ihn jedoch erneut in sein altes Leben zurückgeschickt.

«Kierunki» zufolge ist von den Wohlfahrtsstellen kaum etwas unternommen worden. Die beste Lösung würde selbstverständlich die Einweisung solcher Personen in ein Altersheim sein, wo sie mit einem gewissen Anschein von Komfort ihren Lebensabend verbringen können. Als sich die Zeitung jedoch mit dieser Materie befasste, musste sie feststellen, dass die Altersheime generell nur Personen aufnehmen, die über eine monatliche Rente von mindestens 400 Zloty verfügen ...

Abschliessend berichtete «Kierunki», es lasse sich nicht genau feststellen, wie gross der Personenkreis sei, der in einem kommunistischen Land ein Bettlerdasein führen müsse. Die Gesamtzahl sei jedenfalls kaum so gross, dass da der polnische Staat nicht einspringen könne.

In einer 1963 durchgeführten Untersuchung war ermittelt worden, dass es in Polen rund 150 000 alte Menschen gebe, die keinen Rentenanspruch besitzen und über keine eigene Unterhaltsmöglichkeit verfügen.

Swissair nach Leipzig

Die Swissair wird während der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse erstmals Direktflüge nach Leipzig durchführen.

1967 wurden insgesamt 55 800 Personen und 1260 Maschinen auf dem Leipziger Flughafen Mockau abgefertigt. In diesem Jahr will die «Interflug»-Gesellschaft der DDR die Verbindungen von und nach Leipzig verstärken. Ausserdem sollen für «sozialistische Brigaden» und andere Gruppen erstmals DDR-Rundflüge mit Aufenthalten in Erfurt, Berlin und anderen Städten eingerichtet werden.

In Kürze

In Rumänien wünscht man Richtertalare einzuführen, um eine «feierliche Atmosphäre in der Rechtssprechung» zu erreichen. Das war wenigstens die Anregung von Justizbeamten anlässlich eines Gesprächs am runden Tisch für die Zeitung «Scanteia».

*

Ein abendfüllender Spielfilm über das Leben «Che» Guevaras wird in Kuba geplant. Der italienische Regisseur Francisco Rosi will das Werk in Zusammenarbeit mit dem kubanischen Filminstitut drehen.

*

In Belgrad hat die serbisch-orthodoxe Kirche eine Volkshochschule für religiöse Erwachsenenbildung gegründet.